

SWOT-Analyse | Vereinigtes Königreich

Königreich im Wandel

Die künftige Zollgrenze erschwert den Marktzugang zum Vereinigten Königreich ab 2021. Trotz Brexit bleibt die Insel jedoch ein wichtiger Absatzmarkt in unmittelbarer Nähe.

23.11.2020

Von Marc Lehnfeld | London

- ▶ So fern und doch so nah
- ▶ Nach dem Brexit auf zu neuen Ufern
- ▶ Levelling Up spült Milliarden in die Regionen
- ▶ Niedrige Steuerbelastung für Unternehmen auch ohne "Singapur an der Themse"

So fern und doch so nah

Der schmerzhafteste Brexit-Prozess und die mühsamen Verhandlungen über ein europäisch-britisches Freihandelsabkommen haben Insel und Kontinent auseinander driften lassen. Geografisch hingegen hat sich nichts verändert. Das Vereinigte Königreich ist wegen seiner Marktgröße und unmittelbaren Nähe zur Europäischen Union (EU) ein wichtiger Exportmarkt für deutsche Unternehmen.

Zwar werden im 1. Halbjahr 2021 alle Augen auf der neuen Zollgrenze liegen, die wie Sand im Getriebe des britischen Außenhandels knirscht. Nach dem **Doppelschock durch Corona und den EU-Austritt** orientiert sich das Land aber neu und schafft damit auch Chancen für die Wirtschaft.

SWOT-Analyse-Vereinigtes Königreich (November 2020)

Stärken (Strengths)	Schwächen (Weaknesses)
Drittgrößter europäischer Absatzmarkt, gemessen an der Einwohnerzahl (66,8 Mio. Einwohner)	Hohe Einkommensdifferenzen
Große Offenheit für neue Produkte; Land gilt als Testmarkt	Infrastrukturmängel (Schienennetz, Wasserleitungen, Gesundheitsversorgung)
Geringe Sprachbarriere durch Weltsprache Englisch	Starke Abhängigkeit von Konsum und Importen
Weltweit bedeutender Standort für Start-ups mit Wettbewerbsvorteil bei IT und Fintech	Hohe Produktionskosten, geringe Produktivität
Niedrige Unternehmensbesteuerung und unternehmerfreundliche Geschäftsbedingungen	EU-Austritt und Zollgrenze erschweren Marktzugang, insbesondere für Mittelständler und Dienstleister
Chancen (Opportunities)	Risiken (Threats)

Start-up-Weltmetropole London zieht internationale Talente und Kapital an.	Wirtschaftspolitische Ausrichtung nach Brexit im internationalen Standortwettbewerb unklar
Staat investiert kräftig in Infrastrukturprojekte, Regionalförderung (<i>Levelling Up</i>) und Gesundheitswirtschaft	Einwanderungsgesetz verschärft Fachkräftemangel
Brücke zu anderen Commonwealth-Märkten und neue Freihandelsabkommen	Volatiler Wechselkurs
Ambitionierte Energie- und Klimapolitik mit starken Marktchancen in der Offshore-Windenergie und bei grünem Wasserstoff	Hohe Verschuldung bei Staat, Haushalten und Unternehmen
	Niedriges Niveau der Unternehmensinvestitionen

Quelle: Germany Trade & Invest

Nach dem Brexit auf zu neuen Ufern

Seit Ende Januar 2020 ist der **Brexit Realität** und wird erstmals mit dem Ende der Übergangsphase zum 1. Januar 2021 deutlich spürbar. Die neue Zollgrenze wird nicht nur im *No Deal*-Szenario, sondern auch im Fall eines Freihandelsabkommens mit der EU den bilateralen **Marktzugang erschweren**.

Die Einführung von Zollkontrollen an der Grenze zur EU **läuft auf britischer Seite nicht reibungslos** und wird ihre Schwachstellen schnell aufzeigen. Zusätzlich dürfte das neue Einwanderungsgesetz den Fachkräftemangel im Land verschärfen, sobald sich der Rauch nach Abklingen der Coronakrise verzogen hat.

Je nach Ausgang der Verhandlungen mit der EU werden Großunternehmen die veränderten Rahmenbedingungen für eine Neubewertung ihrer Standorte heranziehen. Dann könnten zukünftige Investitionsentscheidungen zum Beispiel in der Automobilbranche, der **Chemieindustrie** oder dem **Maschinenbausektor**, die Teil internationaler Wertschöpfungsketten sind und Kostenvorteile durch freien Handel ausnutzen, zugunsten anderer Standorte außerhalb des Königreichs fallen.

Andererseits begünstigen Zollgrenzen lokale Produktionsstätten für den Absatz auf dem Binnenmarkt. Das könnte für Investitionen auf der Insel sorgen, auch wenn dadurch insgesamt die Preise im Königreich steigen. Bisher tappen ausländische Investoren im Dunkeln, die **Auslandsdirektinvestitionen auf der britischen Insel bleiben unter ihrem Potenzial**.

Levelling Up spült Milliarden in die Regionen

Die neue Zollgrenze in der Irischen See verändert zwar die Anforderungen an den Warenverkehr zwischen Großbritannien und Nordirland, dafür bleibt der Landesteil im Zollgebiet der EU.

Der Brexit hat nicht nur die britische Rolle nach außen verändert, sondern auch das Verhältnis der Landesteile Wales, Schottland und Nordirland zur Zentralregierung, wie die Diskussionen vor den schottischen Parlamentswahlen im Mai 2021 schon jetzt exemplarisch aufzeigen.

KÖNIGREICH IM WANDEL

Die regionalpolitische *Levelling Up*-Agenda der Regierung von Premierminister Boris Johnson soll für eine neue Einheit sorgen und die Industrieregionen im Königreich stärken. Bisher werden die Ambitionen vor allem in Bezug auf den industriellen Norden Englands sichtbar.

Mit **milliardenschweren Investitionen in Infrastrukturprojekte** und das Gesundheitswesen entstehen dort auch nach dem Brexit Anknüpfungspunkte für ausländische Unternehmen. Die geplante Schnellzugverbindung HS2 wird in den nächsten zwei Jahrzehnten nicht nur die infrastrukturelle Anbindung der englischen Industrieregionen an die Hauptstadt deutlich verbessern, sondern Bauwirtschaft und Ingenieurdienstleistern auch milliardenschwere Aufträge beschaffen.

Wenn im November 2021 die internationale Klimakonferenz COP26 in Glasgow stattfindet, lohnt sich auch der Blick auf die ambitionierte Energie- und Klimapolitik des Königreichs, das seine Nettoneuemissionen bis 2050 auf null absenken will.

Der mit milliardenschweren Investitionen ausgestattete sektorübergreifende Zehn-Punkte-Plan für eine *Green Industrial Revolution* verspricht unter anderem eine **Vervierfachung der Offshore-Windenergiekapazitäten bis 2030**, einer breiten Förderung von grünem und blauem Wasserstoff und einem Verkaufsverbot für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor ab 2030. Damit multiplizieren sich auch die Chancen für deutsche Lieferanten in der importabhängigen Branche.

Niedrige Steuerbelastung für Unternehmen auch ohne "Singapur an der Themse"

Wie sich das Vereinigte Königreich über die Klima- und Energiepolitik hinaus im internationalen Standortwettbewerb mit vermeintlich neuen Stärken vorteilhaft positionieren will, bleibt hingegen unklar.

Vom prä-Brexit viel diskutierten "Singapur an der Themse" mit niedrigen Steuern und niedriger Regulierung fehlt jede Spur. Weder sehen britische Unternehmen Vorteile durch eigene Standards, die vom größeren EU-Absatzmarkt abweichen, noch verfügt der Staat in Zeiten hoher Staatsverschuldung zur Rettung der Wirtschaft über den Spielraum für Steuersenkungen.

Mit einem Körperschaftssteuersatz von 19 Prozent gehört das Königreich ohnehin schon zu den steuergünstigsten Standorten der G7-Staaten und genießt international Anerkennung für niedrige Hürden im "Doing Business".

Dieser Inhalt ist relevant für:

Vereinigtes Königreich
SWOT-Analyse / Brexit / Coronavirus
Wirtschaftsumfeld

Kontakt

Charlotte Hoffmann

Wirtschaftsexpertin

 +49 228 24 993 279

 [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2020 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.